

Finanzierung für neue Uno-Ziele

Ein neues Image für die Entwicklungshilfe

An der Uno-Konferenz in Addis Abeba wird über die neuen Anforderungen an die Finanzierung der Entwicklungshilfe diskutiert. Ein zentrales Thema ist die Besteuerung von Unternehmensgewinnen.

von Elisabeth Wallimann
16.7.2015



Die Kommissions-Vorsitzende der Afrikanischen Union Nkosazana Dlamini-Zuma und Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon an der Eröffnungsveranstaltung der dritten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz (Bild: Reuters / Tiksa Negeri)

Die dritte Uno-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die noch bis Donnerstagabend dauert, steht im Zeichen einer Neuausrichtung. An dem dreitägigen Treffen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba wollen die teilnehmenden Länder die Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage stellen. Dabei geht es nicht mehr um eine reine Finanzhilfe von reichen an arme Länder. Es stehen vielmehr neue Finanzmodelle im Mittelpunkt, die allen Ländern ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen sollen. Die Verhandlungen bilden eine wichtige Grundlage für die «Ziele für nachhaltige Entwicklung» der Uno, die im September die sogenannten Millenniumsziele ablösen sollen. An der Konferenz nehmen rund 30 Staats- und Regierungschefs, etwa 110 Minister und über tausend Teilnehmer aus der Privatwirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen teil.

Paradigmenwechsel

Die Konferenz markiert laut einer Medienmitteilung des EDA einen Paradigmenwechsel. Der Schweizer Verhandlungsleiter an der Konferenz, Michael Gerber, erklärte kürzlich in der NZZ, dass den Ländern des Südens im internationalen Wettbewerb mehr Gestaltungsspielraum eingeräumt werden soll, ohne von den OECD-Ländern zu grosse Konzessionen abzuverlangen.

Neu ist auch der Fokus auf die Entwicklung der nationalen Steuersysteme, wobei Entwicklungsländer besonders in der konkreten institutionellen Umsetzung Hilfe bekommen sollen. Zudem soll die internationale Steuertransparenz erhöht werden. Die Staatengemeinschaft will darauf hinarbeiten, dass multinationale Unternehmen dort besteuert werden, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Die Uno will aber nicht nur in Steuerfragen, sondern generell eine bessere Einbindung der Privatwirtschaft in konkrete Entwicklungsprojekte erreichen. Auch in Bezug auf das Schuldenmanagement soll stark verschuldeten Ländern mit stärkerer Unterstützung auf institutioneller Ebene geholfen werden.

Neues Ziel: Datenmanagement

Mit dem Thema Datenmanagement kommt in Addis Abeba eine weitere Neuerung auf die Agenda der Entwicklungspolitiker. Das Sammeln umfangreicher und verlässlicher demografischer Daten, insbesondere in den Entwicklungsländern, soll von der Uno und den Institutionen der Länder vorangetrieben werden. Alle Daten der Verwaltung und des öffentlichen Sektors sollen übersichtlich gegliedert und öffentlich zugänglich gemacht werden. So will die Uno bessere Grundlagen für Entwicklungsstrategien und mehr Transparenz schaffen.

Niemand soll zurückgelassen werden

Vergleicht man die Vereinbarungen von Addis Abeba mit den Beschlüssen der beiden früheren Konferenzen in **Fehler! Linkverweis ungültig.** und **Fehler! Linkverweis ungültig.**, entdeckt man auch viel Altbekanntes. Das Ziel, Frauen und Mädchen besserzustellen und alle Gesellschaftsgruppen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen, ist diesmal aber konkreter und detaillierter formuliert. Immer wieder wird betont, dass niemand zurückgelassen werden soll. Es sind vielleicht auch diese beiden Punkte, die bei der Umsetzung der «Millenniumsziele» weniger konkret als andere angegangen worden sind.

Es gibt auch kritische Stimmen zu den Verhandlungen in Addis Abeba. So befürchtet beispielsweise die Organisation Ärzte ohne Grenzen, dass die Gesundheitsversorgung in den neuen Zielen vernachlässigt wird. Auch wird von NGO immer wieder bemängelt, dass nur wenige Länder die von der Uno geforderten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens direkt in die Entwicklungszusammenarbeit investieren.

Kapital der Entwicklungsbanken wächst

Laut Weltbank stiegen die verfügbaren Mittel von Investitions- und Entwicklungsbanken von 50 Milliarden im Jahr 2001 auf 127 Milliarden im Jahr 2015. Laut einer Medienmitteilung der Weltbank sagten Investitions- und Entwicklungsbanken für die neuen globalen Uno-Ziele der nachhaltigen Entwicklung bereits Gelder in der Höhe von 400 Milliarden zu. Der Direktor der Welthandelsorganisation WTO, Roberto Azevêdo, betonte in seiner Rede an der Eröffnungsfeier der Konferenz die Wichtigkeit des Handels als Treiber für die Entwicklung. Die WTO sieht in der Handelsfinanzierung in Afrika ein Potenzial von 120 Milliarden Dollar und in Asien gar ein Potenzial für eine Billion Dollar. Die im Juni neu gegründete Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), an der sich auch die Schweiz beteiligt, wird voraussichtlich bald als weiteres Schwergewicht unter den Entwicklungsbanken agieren.

«Millenniumsziele» – mehrheitlich positive Bilanz nach 15 Jahren

Im Jahr 2000 haben sich die Mitgliedsländer der Uno mit den «Millenniumszielen» unter anderem vorgenommen, Hunger und extreme Armut auszumerzen sowie allen Kindern eine Grundbildung zu ermöglichen. Laut dem kürzlich veröffentlichten Uno-Bericht zu den «Millenniumszielen» konnte die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, von 1,9 Milliarden im Jahr 1990 auf 836 Millionen im Jahr 2015 reduziert werden. Im selben Zeitraum verdreifachte sich die Anzahl derjenigen, die zur arbeitenden Mittelklasse gehören. In Entwicklungsländern sind aber immer noch 13 Prozent der Menschen unterernährt. In der Bildung konnte vor allem die Region der Subsahara grosse Fortschritte verzeichnen. Weltweit erreicht die Alphabetisierungsrate der 15–24 Jährigen mehr als 90 Prozent, auch der Rückstand der Mädchen konnte verringert werden.

Viele Aufgaben bleiben dieselben

Die Kindersterblichkeit konnte in den letzten 20 Jahren um mehr als die Hälfte gesenkt werden, aber auch 2015 rechnet man noch mit 6 Millionen Kindern, die unter fünf Jahren sterben. 70 Prozent der Frauen können ihre Kinder mit medizinischer Assistenz gebären, das sind 10 Prozent mehr als noch 1990. Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln für verheiratete Frauen stieg im selben Zeitraum um rund zehn Prozentpunkte auf 64 Prozent. Dennoch haben 12 Prozent der Frauen, die sich Zugang zu Verhütungsmitteln wünschen, diesen immer noch nicht erhalten, verglichen mit 15 Prozent im Jahr 1990.

Die Uno ruft denn auch dazu auf, trotz der Neuausrichtung der Entwicklungsziele diejenigen «Millenniumsziele», die bis Ende 2015 noch nicht erreicht sind, weiterzuverfolgen.